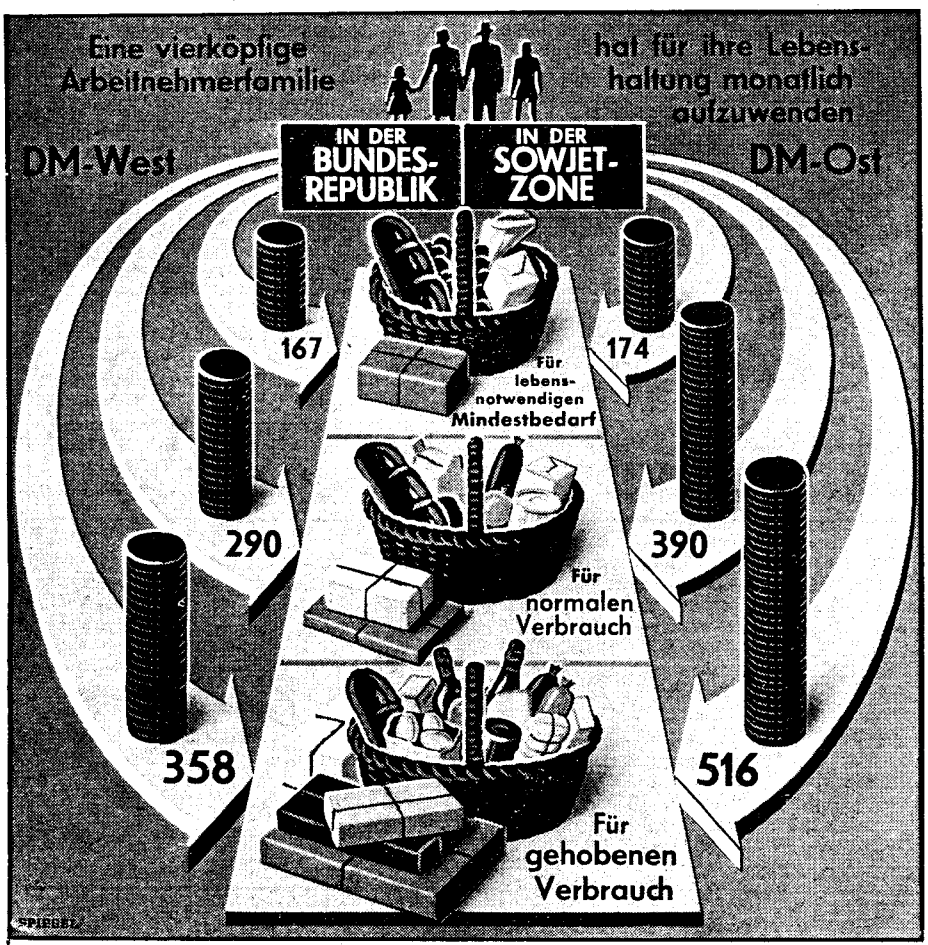
wir haben ausdrücklich festgestellt, daß von diesem Urteil zivilrechtliche Ansprüche nicht betroffen sind."

Die Staatsanwaltschaft der Trompeterstadt Säckingen hat gegen das Sauerkraut-Urteil Berufung eingelegt. Der Sachverhalt sei nicht genügend aufgeklärt. Obwohl doch ein in solchen Dingen beschlagener Richter, der Dr. Rückeberg, Zeuge des Unfalls gewesen sei, und auch ein Polizeibeamter verhältnismäßig schnell zur Stelle war, sei der Plymouth-Fahrer Bell-Blesing kein einziges Mal daraufhin untersucht worden, ob er Alkohol im Blut hatte. Bell-Blesing, ein angesehener Mann, ist Prokurist bei der Ciba AG, einer pharmazeutischen Fabrik in Wehr (Baden).

Lastwagenfahrer vom Hochrhein, die von dem Säckinger Urteil erfuhren, brachten an der Rückseite ihrer Wagen Schilder an mit dem Text: „Der kluge Mann hat vorgebaut, er ißt ab heut' nur Sauerkraut."



DIE SCHLEICHENDE VERSORGUNGSKRISE

in der sowjetischen Besatzungszone, die alljährlich im Frühjahr neue Höhepunkte erreicht, ist Ursache dafür, daß in der sogenannten Deutschen Demokratischen Republik nur der unbedingt lebensnotwendige Bedarf — den es zum größten Teil auf Karten gibt — zu Preisen eingekauft werden kann, die mit westdeutschen Preisen vergleichbar sind. Alle Ansprüche, die über das Existenzminimum hinausgehen, müssen zu teuren HO-Preisen befriedigt werden, was nur einer dünnen, gut verdienenden Schicht möglich ist. Während also — nach den letzten einschlägigen Untersuchungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Berlin und Bonn — bei bescheidensten Ansprüchen in der DDR für eine Ostmark soviel gekauft werden kann wie in der Bundesrepublik für 96 Pfennig, muß ein Sowjetzonenbewohner mit gehobenem Bedarf eine Ostmark für die Waren ausgeben, die in Westdeutschland 70 Pfennig kosten. Qualitätsunterschiede sind dabei noch nicht berücksichtigt, auch nicht die Tatsache, daß viele Artikel des täglichen Bedarfs schwer oder gar nicht zu haben sind. — Der Wechselkurs der Westberliner Wechselstuben wird diesem Bild von der Kaufkraft der sowjetzonalen Währung nicht gerecht. Eine Ostmark ist dort schon für rund 20 Pfennig zu haben. Diese Relation ist nicht etwa auf ein Überangebot von Ostmark durch Zonenbewohner, die in Westberlin einkaufen wollen, sondern hauptsächlich auf mangelnde Nachfrage der Westberliner nach Ostmark zurückzuführen; Westberliner dürfen im Sowjetsektor der Stadt nicht mehr für günstig getauschtes Ostgeld kaufen, essen und trinken. Je schärfer die Behörden der Zone dagegen vorgehen, desto geringer wird das Interesse an Ostgeld, desto mehr sinkt der Ostmarkkurs, desto unerschwinglicher werden alle Westberliner Waren für Käufer aus der DDR und desto seltener ostoffiziell unerwünschte Reisen aus der Zone nach Westberlin.

SOWJETZONE

BERLIN-VERKEHR

Beim Außenministerium der sogenannten Deutschen Demokratischen Republik wurde ein Sonderreferat eingerichtet, das mit Dienststellen der Bundesrepublik über die seit Freitag letzter Woche erhöhten Straßenzölle in der Sowjetzone verhandeln soll. Die Regierung der DDR glaubt, daß die Bundesrepublik nicht mehr umhin kann, sich mit ihr an einen Tisch zu setzen. Ein Stopp des Interzonenhandels, den Bonn als Repressalie angekündigt hat, könnte zu einem Bumerang für den Westen werden, weil Westberlin größere Kohlenlieferungen aus der Zone bezieht, die bei einem Interzonenhandelsstopp wegfallen und die Lage der Stadt noch mehr komplizieren würden. Pankow glaubt, hier am längeren Hebel zu sitzen. Auch der Plan des Westens, den DDR-Transithandel über Hamburg zu blockieren, wäre eine zweischneidige Sache, weil Hamburg an einer Auslastung seiner Hafenkapazität dringend interessiert ist. Der FDP-Bundestagsabgeordnete Willy Max Rademacher, ein Hamburger Spediteur, war erst kürzlich in Ostberlin, um für einen Transithandel der Zone über Hamburg zu werben.

JUGENDWEIHE

Der katholische Klerus in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands wurde angewiesen, um die Zeit, zu der dort die kommunistischen „Jugendweihen" stattfinden, „eine eindrucksvolle, mit aller Feierlichkeit auszustattende Firm-Erneuerungsfeier zu halten. Dazu sind alle Jugendlichen einzuladen und vorzubereiten... Eine Vorlage dafür wird baldigst zugeschickt". Den Geistlichen gingen besondere Richtlinien zu, nach denen katholische Kinder behandelt werden sollen, die an einer „Jugendweihe" teilnahmen (was eine schwere Sünde gegen den Glauben sei): „Die Lossprechung von dieser Sünde kann nicht ohne weiteres geschehen. Da sie öffentlich geschehen ist, sind vielmehr die Seelsorger verpflichtet, von den Kindern wie von den Eltern eine schriftliche Reueerklärung und einen Widerruf (unter Zuziehung zweier Zeugen) zu verlangen." Kinder, die dies verweigerten, könnten nicht zur hl. Firmung zugelassen und im Falle des Todes nicht kirchlich beerdigt werden. Mit der „Jugendweihe" sei ein Punkt erreicht, „wo auch schwere Benachteiligungen in Stellung und Einkommen oder in den Zukunftsaussichten der Jugendlichen keine Entschuldigung mehr bieten".

HOCHSCHUL-STIPENDIEN

Das Politbüro der Sozialistischen Einheitspartei hat eine neue Stipendienordnung für Studenten in der Deutschen Demokratischen Republik entworfen. Danach sollen die bisher geltenden Sätze um 50 Prozent gesenkt werden. Außerdem soll sich jeder Stipendiat schriftlich verpflichten, nach Abschluß seiner Studien drei Jahre eine Arbeit auszuüben, die ihm von der „Berufslenkungskommission" vorgeschrieben wird. Das SED-Politbüro begründete seinen Entwurf damit, „daß jeder Student einsehen muß, daß der Aufbau der neuen Friedensstreitkräfte ein erhebliches Maß von Opfern fordert, das von der gesamten Bevölkerung — also auch von den Studenten — getragen werden muß".